

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Amt Norden 2393 und 2396.

Interests kosten die achtzehnjähr. Non-postalgebühren über deren Raum 25 Pf., „Kleine Anzeigen“ des festbedruckten Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leerzeilen 30 Pf. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen das System der Gewalt!

Genossen und Genossinnen!

Die Politik der Regierung wird von Tag zu Tag arbeiterfeindlicher. Die militärische Nebenregierung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division herrscht mit unbefränkter Machtvollkommenheit. Tausende von Personen, zum größten Teil Arbeiter und Arbeiterinnen, werden verhaftet, Hunderte sind grausam hingerichtet, wehrlose Gefangene roh mißhandelt worden. Streikende Arbeiter werden mit Maschinengewehren unter Entziehung der Lebensmittel bedroht. Streikbrecher werden von der Regierung gebildet, um das Streikrecht, das elementarste Recht der Arbeiter, für das sie ohne Unterschied der Parteianschauungen seit Jahrzehnten gekämpft haben, niederzuknütteln.

Der Boden des Gesetzes wird mit vollem Bewußtsein verläßt. Der Belagerungszustand wird über immer weitere Gebiete verhängt. Die Klassen der Bevölkerung werden mit verschiedenem Maße gemessen. Den Bürokratischen und den Offizieren wurde in Berlin erlaubt, auf den Straßen Demonstrationen zu veranstalten. Die Arbeiter dagegen werden in der Ausübung ihres Versammlungsrechts verhindert. Noch niemals im Deutschen Reich, selbst unter dem reaktionärsten Regime des alten Kaiserthums nicht, sind die Arbeiter so verächtlich behandelt worden.

Gegen dieses brutale System müssen die Arbeiter überall im Deutschen Reich in wuchtigen Versammlungen protestieren. Wir fordern Euch auf, Genossen und Genossinnen, sofort an die Veranstaltung dieser Versammlungen heranzutreten. Auch die Frauentagsversammlungen müssen in diesem Sinne ausgenutzt werden.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Keine Menschlichkeit, keine Sentimentalität!

Der „Köln-Anzeiger“ hat einen Vertreter der Reichsregierung, der leider nicht mit Namen genannt wird, darüber ausgefragt, was von den Gerüchten von neuen großen Unruhen in Berlin zu halten sei und darauf folgenden Bescheid erhalten: Die Regierung sei über alle Vorgänge auf das genaueste unterrichtet und auf alle Eventualitäten hinlänglich vorbereitet. Sie würde mit rücksichtsloser Schärfe eine solche Bewegung niederschlagen. Auch die Übergriffe der Regierungstruppen und anderer Organe würden in keiner Weise eine Milderung der Maßnahmen herbeiführen. Der Regierungsdirektor behauptete dann, daß sich in bürgerlichen Kreisen, besonders unter den Maleen, ein gewisses spartakistisches Kollektieren zeige. „Aber“, so sagte er: „Bei unseren Maßnahmen darf nicht die Menschlichkeit sprechen, auch nicht die Kunstliebe, sondern nur nüchterne Vernunft.“ Der Regierungsdirektor schloß mit folgender Drohung: „Die Reichsregierung wird keine Sentimentalität zeigen. Zur Illustration ihrer Stellungnahme dient ja ihr heutiger Erlaß.“

Die Arbeiterschaft weiß längst, daß sie von einer Regierung, in der ein Klotz den Krieg der weißen Gardien gegen das Proletariat organisieren darf, weder Menschlichkeit noch Sentimentalität zu erwarten hat. Sie wird sich aber nicht abhalten lassen, den Kampf für ihre Befreiung aus dem kapitalistischen Joch so zu führen, wie es die Notwendigkeit erfordert. Die Kanonen, Minenwerfer und Maschinengewehre sollen den Koskengarden als Kampfmittel belassen werden. Die Arbeiterschaft kann, wenn sie will, ein tausendfach stärkeres Kampfmittel anwenden, das ist die Verfassung über ihre Arbeiterkraft. Wenn sie von diesem Kampfmittel Gebrauch machen will, das wird sie selbst bestimmen, sie wird sich von der Regierung nicht provozieren lassen. Denn die Arbeiter wissen, daß der Tag der Abrech-

nung auch für die Gewalttätiger von heute kommen wird; anders als Koste und seine Gelpiesverwandten in der Regierung wird dann das Proletariat die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Essen, 1. April.
Soweit sich die Lage jetzt übersehen läßt, hat die Streikauflösung der Spartakisten nur geringen Erfolg gehabt. Die größte Zahl der Ausständigen ist im Dortmund und Wittenbezirk, von wo die Bewegung ihren Ausgang genommen hatte. Im Oberhaufener Bezirk ist nur die Zeche Röhberg ausständig. Auf den Zechen Gewerkschaft Deutscher Kaiser und in Gomborn wird überall gearbeitet. In den Bezirken Altendorf, Werden und Hattungen sind die Zechen Gottfried, Wilhelm und Victoria, im Essener Bezirk die Zechen König Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Zeche Hercules, wo die Belegschaft gestern ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden. Ebenso arbeiten die Belegschaften der Zechen Langenbräun und Königin Elisabeth. Im Recklinghauser Gebiet sind die Belegschaften der Zechen Augusta Victoria und König Ludwig ausständig. Zu Unruhen ist es nirgends gekommen.

Bochum, 1. April.
Am hiesigen Bezirk hat die Streikbewegung an Ausdehnung gewonnen. Neu in den Streik eingetreten sind folgende Zechen: Friedrich der Große, von der Seydt, Julia und Alma. Infolge der Gasverre konnten die Volkshäuser in Bochum schon heute mittag kein Essen mehr verabfolgen. Wenn der Streik auf der Zeche Sibirien noch anhält, wird Bochum in den nächsten Tagen auch ohne elektrisches Licht und elektrische Kraft sein, da das Elektrizitätswerk Westfalen von Sibirien mit Licht und Kraft versorgt wird.

Die Zukunft Danzigs.

Paris, 1. April. (Reuter.)
Die Frage des zukünftigen Schicksals Danzigs ist noch ungelöst. Wahrscheinlich wird die Frage so gelöst werden, daß die Stadt Danzig und die Bahn, die sie mit dem polnischen Eisenbahnsystem verbindet, internationalisiert werden oder daß darauf das Mandatssystem Anwendung findet.

Arbeiterräte in Böhmen.

Wien, 1. April.
Nach einer Prager Meldung der Blätter fand dort eine sozialdemokratische Massenversammlung statt, in der beschlossen wurde, überall Arbeiterräte zu bilden und den Kampf um die Diktatur des Proletariats aufzunehmen.

Die Unruhen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 1. April.
Bei den gestrigen Unruhen wurden, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, 11 Personen getötet, darunter 7 Plünderer. Von den Polizeitruppen fielen 2 Mann, ein dritter wird vermißt; auf Seiten der Matrosen wurden 2 getötet und 7 schwer verletzt. Bis jetzt wurden über 20 sehr schwer verletzte Plünderer den Krankenhäusern zugeführt. In den frühen Morgenstunden wurde das große Lebensmittelgeschäft Böde u. Baumgarten von Plünderern heimgesucht, denen 200 Feinener Butter, 70 000 Eier und 100 Feinener Fett in die Hände fielen.

Frankfurt a. M., 1. April.
Nach verhältnismäßiger Ruhe während des Vormittags wurden heute mittag nach 12 Uhr neue Ausschreitungen verübt, die wiederum in der Altstadt begannen. In der Allerheiligenstraße verfuhr der Mob, in Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien einzudringen, um zu plündern. Die gesamten zur Verfügung stehenden Polizeikräfte rückten den Plünderern sofort entgegen. Die Kämpfe sind zur Zeit noch im Gange.

Frankfurt a. M., 1. April.
Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums verfügt Straßensperrung ab 7 Uhr abends. Autos, Taxen und Bierkästen müssen bereits um 6 Uhr schließen. Um den Verkauf geüblichen Gutes zu verhindern, wird der Straßenhandel, der sonst üppig blühte, verboten. Der Waffen trägt, wird als Plünderer betrachtet und bestraft. Die gefährdeten Gegenden wurden von Polizeitruppen, die mit Gasgranaten ausgerüstet sind, abgesperrt.

Patrioten!

Von H. v. Gerlach.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ läßt sich unter dem 29. März aus Flensburg telegraphieren:

„Die Flensburger Handelskammer hatte mit einem rein wirtschaftlichen Auftrage eine Abordnung nach Kopenhagen geschickt, die von dem Flensburger Kommerzienrat Hübsch geführt wurde. In der dänischen Hauptstadt wurden die Flensburger Vertreter von allen Parteien empfangen. Dabei soll Kommerzienrat Hübsch erklärt haben, daß die Stimmung in Flensburg stark umgeschlagen sei und man damit rechnen könne, daß in Flensburg allgemein der Wunsch auf Anschluß an Dänemark bestünde.“

Die Flensburger Handelskammer rückt in einem entristeten Protest „auf das entschiedenste von der Tätigkeit der drei Herren ab, vorurteilt aufs schärfste die Aeußerungen und bedauert tief das eigenmächtige, unverantwortliche Vorgehen der Abordnung über den ihr anvertrauten Auftrag hinaus.“

Aus dieser scharfen Sprache der Flensburger Handelskammer müßte man schließen, es handele sich bei der Handlungsweise der drei Flensburger Herren in Kopenhagen um etwas für Flensburg ganz Unerhörtes. Nun liegt mir aber eine Eingabe vor, die am 22. Januar aus Flensburg abgegangen ist, und die Unterschrift von 104 zum Teil sehr bekannten Firmen trägt. Diese Eingabe lautet:

„Angesichts der nahegerückten Möglichkeit, daß die neue deutsch-dänische Grenze ohne Abstimmlung und dann direkt nördlich und westlich von Flensburg festgelegt wird, und in Anbetracht der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung das Wilsonprogramm als Friedensgrundlage anerkennt und Wilson selbst sein Programm so ausgelegt hat, daß durch das Selbstbestimmungsrecht bestehende wirtschaftliche Zusammenhänge nicht zerrissen werden sollen, bitten die unterzeichneten handelsgerichtlich eingetragenen Firmen die beteiligten Mächte, insonderheit die deutsche und dänische Regierung, darauf hinzuwirken zu wollen, daß, sofern die bisherige Grenze nach Süden verschoben wird, dieselbe nicht hart an Flensburg vorbeie, sondern soweit südlich der Stadt als möglich geführt wird, damit die Stadt ihre Existenzfähigkeit behalten kann. Wir sind davon überzeugt, daß eine Grenzlinie Wasserleben-Padburg-Tondern die Lebensbedingungen der Stadt untergraben würde.“

Daß bei dem kommenden Friedensvertrag die bisherige Grenze zwischen Dänemark und Preußen nach Süden verschoben wird, ist selbstverständlich, nachdem wir das Wilsonprogramm und damit das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt haben. Die in Nordschleswig kompakt zusammenlebenden Dänen wollen zu Dänemark gehören. Die dänische Regierung und das deutsche Auswärtige Amt haben sich unter der Hand bereits über die Linie verständigt, die am zweckmäßigsten die künstliche Grenze bildet; nördlich von ihr gibt es fast nur Dänen, südlich von ihr fast nur Deutsche. Es ist das die Linie, gegen die die 104 Patrioten in ihrer Eingabe vom 22. Januar protestieren.

Die dänischen Chauvinisten hegen gegen die vernünftige Mäßigung ihrer radikalen Regierung, die es nicht nach überwiegend deutschem Gebiet und damit nach einer deutschen Irredenta innerhalb Dänemarks gelüftet. Sie möchten am liebsten ganz oder doch fast ganz Schleswig haben. Und nun kommen die 104 handelsgerichtlich eingetragenen Firmen Flensburgs und liefern den dänischen Chauvinisten die schneidendsten Waffen gegen ihre eigene Regierung.

Flensburg ist eine fast rein deutsche Stadt. Die 104 Unterzeichner der Eingabe vom 22. Januar sind auch fast ausnahmslos Deutsche. Und zwar dieselben liberalen Deutschen, die während des Krieges jeden pazifistischen Demokraten meiner Richtung als Nießmacher, wenn nicht gar Vaterlandsverräter zu kennzeichnen pflegten. Solange sie glaubten, daß es Deutschland gut gehe, konnten sie nicht laut genug Hurra schreien, nun aber, wo es Deutschland schlecht geht, möchten sie sich in die rettenden Arme des Auslandes stützen.

Sie wünschen, die Grenze möglichst weit nach Süden vorgeschoben zu sehen, also am liebsten wohl bis zum Nordostsekanal hin. Diesen Wunsch auf möglichste Verkleinerung Deutschlands übermitteln sie nicht nur der dänischen Regierung und den Alliierten, sondern auch der deutschen Regierung. Gemütskuriositäten!

Die Hensburger Handels- und Industrieherrn, die zu Dänemark wollen, sind fast ausnahmslos keine Dänen. Sie sind Deutsche — dem Namen und der Sprache nach. In Wahrheit sind sie national geschlechtslose Kapitalisten. Ubi bene, ibi patria! Sie haben sich früher über die vaterlandslose Sozialdemokratie entäußert. Jetzt haben sie sich selbst ihr Vaterland da, wo ihnen ihr Profit am besten gefehert scheint.

Der Text ihrer Resolutionen scheint mir zu lauten: **„Mammon, Mammon über alles, über alles in der Welt!“**

Die westpreussischen Parteigenossen und die Polenfrage.

Eine von diesen Tausenden besuchte Parteiversammlung der U. S. P. D. in Danzig nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Am Namen von 11000 organisierten unabhängigen Sozialdemokraten Westpreußens erhebt die heute in der Sporthalle torende Versammlung Einspruch gegen eine Verschärfung des deutschen Gebietes zugunsten ausländischer Kapitalistengruppen. Wir wollen den Schicksal, weil die Zukunft der westpreussischen Arbeiterklasse im politischen Kampf nicht getrennt ist. Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung Westpreußens und erwarten von der deutschen Regierung unbedingt Entzügen in diesem Sinne. Wir deutschen Arbeiter machen die Revolution, um mit den Völkern zum Frieden zu kommen, nicht um in die Knechtschaft des internationalen Großkapitals zu geraten. Der Internationalität der Bourgeoisie sehen wir die proletarische Internationalität entgegen. Wir haben Anspruch auf einen gerechten Frieden. Verweigert die Entente diesen der deutschen Arbeiterklasse, so bleibt ihr nur übrig, die proletarische Bewegung ganz Europas zum Sturz der Kapitalistenregierungen aufzurufen. Wir führen den kritischen Stand der Polenfrage auf die falsche äußere Politik der deutschen Regierung gegen Polen und Rußland zurück und fordern den Rücktritt der Regierung und die Bildung einer rein sozialistischen Regierung.“

Der weiße Schrecken in Württemberg.

Bis zum Vormittag des 1. April war nach allen Meldungen von irgendwelcher Störung der öffentlichen Ordnung nichts zu hören. Der Generalstreik hat das wirtschaftliche Leben der württembergischen Hauptstadt vollkommen lahmgelegt. Nicht nur ein kleiner Teil der Arbeiter, wie die Rechtssozialisten erwarteten, ist der Streikpartei gefolgt, sondern ihr hat sich fast das gesamte Profetariat Stuttgarts und der größeren Industrieorte des Landes angeschlossen. Und wenn der wertvolle Bevölkerungsbestand noch nicht hat gewellen sein sollte, daß es den Kampf geschlossen durchzuführen müßte, so hat der Bürgerstreik das Seinige dazu beigetragen, um diese Klarheit zu schaffen. Trotzdem nicht zu erwarten war, daß irgend etwas die Ruhe der Stadt stören würde, hat sich die bürgerlich-kleinrentistische Regierung beeilt, den Belagerungsstatus über Stuttgart und die größeren Industrieorte des Landes zu verhängen. Ihr Erlaß hat folgenden Wortlaut:

1. Alle Versammlungen auf Straßen und Plätzen sowie öffentliche Umzüge aller Art sind verboten. Keine Versammlungen.
2. Die Beschränkungen des Gesetzes hinsichtlich der Versammlungen, Beschlagnahme und Zurückführung sind aufzuheben.
3. Die Verbreitung von Flugchriften und Handzetteln, ebenso der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen ist nur mit Genehmigung der Regierung gestattet.
4. Die Polizeistunde wird auf abends 8 Uhr festgesetzt. Alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Theater und Kinos sind um 8 Uhr zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenbahnverkehr ist von 9 Uhr abends ab verboten.
5. Die Regierungsborgane sind ermächtigt, jeden zu verhaften, der es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder den Bestand des Staates oder der Regierung zu gefährden.
6. Für das Gebiet des Belagerungsstatus werden außerordentliche Kriegesgerichte eingesetzt, die in beschleunigtem Verfahren alle Strafsachen des Hoch- und Landesverrats, Aufruhrs, Mord und Raub, der Plünderung, der Befreiung von Gefangenen, der tätlichen Widerlegung, der Verhöhnung von Eisenbahnen und Telegraphen, des unbefugten Waffentragens, endlich alle Zuwiderhandlungen gegen die von der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote abzuurteilen haben.

Wenn etwas geeignet sein könnte, die Erregung der Arbeitermassen zu steigern und die nichtdisziplinierten Elemente zu Unbesonnenheiten zu treiben, so ist es dieser Erlaß. Ein ähnlicher Streik wurde vor kurzer Zeit zwei Wochen lang in Leipzig durchgeführt. Dort hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in Händen. Er sorgte durch seine eigenen Ordnungsmannschaften für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Er verhängte nicht den Belagerungsstatus über die Stadt und es ist sehr gut auch ohne ihn gegangen. Nicht das mindeste kam in diesen zwei Wochen vor. Die Arbeiter hielten glänzende Disziplin. Es gelang weder dem provozierenden Verhalten der Bourgeoisie, noch den undisciplinierten Arbeitern, Unruhen zu erregen und damit den Vorwand zur Herbeiführung von weißen Gendarmen zu liefern. Die württembergische Regierung aber scheint es gerade darauf abzusehen, die Arbeiterklasse zu reizen, denn ihre Maßnahmen treffen zu allererst und zu allermeist das Proletariat, die Bourgeoisie indes auch unter den provozierenden Bestimmungen dieser Verordnungen noch genug Gelegenheit, um für ihren Streik zu wirken.

Wir hatten mitgeteilt, daß selbst Ärzte und Apotheker sich dem Bürgerstreik angeschlossen haben. Das scheint die ganze bürgerliche und rechtssozialistische Presse Deutschlands in der Ordnung zu halten, denn sie hütet sich, irgendwas zu diesem barbarischen Verhalten der Güter der medizinischen Wissenschaft zu sagen. Ein einziges Blatt macht, soviel wir sehen können, eine Ausnahme, das ist die „Berliner Volkszeitung“. Sie schreibt in ihrer Dienstag-Abendausgabe, daß sie zwar den Bürgerstreik billige, „den Streik der Ärzte dagegen aus schärfster Verurteilung. Das Blatt sagt dann:

„Wenn auch alles bereit — die Ärzte haben sich vom Kampf ferngehalten und nur zu helfen, wo zu helfen ist“

Ich an einen Streik der Arbeiter überhaupt gedacht werden konnte, das scheint uns das niederdrückendste Zeugnis für die herrschende fällige und menschliche Verwirrung zu sein. Im Felde hat der Arzt in den Lazaretten, im Kampfe, den Menschen, gleichviel, ob sie französisch, deutsch oder englisch redeten, so sehr im Frieden, das fränke Kind, die gebärende Frau eines streikenden Arbeiters, eines — zum Himmel — deutschen Arbeiters heben müssen, weil der, der helfen kann, einer politischen Frage wegen nicht helfen will? Das darf nicht sein!

Das Blatt appelliert schließlich an die medizinischen Körperschaften Deutschlands, damit der Herzstreik zu einem der Wissenschaft und Menschlichkeit unwürdigen Vergeben gestempelt würde. Wir glauben nicht daran, daß dieser Appell irgendwelchen Erfolg haben wird. Es handelt sich hier um einen Kampf der Klassen und dabei steht der weit- und große Teil der deutschen Mediziner auf der Seite der Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse weiß das längst, denn sie hat schon vor 70 Jahren von Karl Marx gehört, daß das Kapital die Wissenschaft und ihre Vertreter in seine Dienste gestellt habe, damit es als seine Sklaven kapitalistische Interessen wahrnehme.

Lothipigelei.

In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, in denen höchst verdächtige Personen sich an Parteigenossen herandrängen und ihnen Pläne zur Beschaffung von Waffen und zur Beseitigung bestimmter Personen der Regierung unterbreiten. Auch wir müssen uns jetzt täglich solchen Gefindels erwehren.

Der Zweck ist deutlich! Man braucht einen neuen Vorwand zur Entfesselung des Bürgerkrieges. Genossen, seid auf der Hut!

Keine Waffen für die Weißen Gendarmen.

Eine Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter Deutschlands, die in Erfurt stattfand, faßte folgende Entschliessung: Die Reichskonferenz der Vertreter der Waffen- und Munitionsarbeiter Deutschlands erklart in der vollen Einstellung der gesamten Rüstungsindustrie das letzte und höchste Ziel, einen dauernden Stillstand zu schaffen und zu sichern.

In der gegenwärtigen Periode der Übergangswirtschaft bedeutet die Herstellung von Waffen und Munition eine Vergewaltigung von Arbeitskraft, Kohle und Rohmaterialien. Verbunden damit ist die Gefahr, daß die Friedensverhandlungen zugunsten des deutschen Volkes beeinflusst werden. Die weitere Herstellung von Waffen und Munition ist auch geeignet, die deutsche Arbeiterklasse in ständiger Erregung zu halten. Die Reichskonferenz lehnt daher die Herstellung von Waffen und Munition grundsätzlich ab.

Die Reichskonferenz verlangt die weitgehendste Sozialisierung der gesamten Produktion. Sie erklart in einer solchen durchgreifenden Maßnahme die einzige Möglichkeit, den völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens zu verhindern.

Da Sozialisierung nur bei wirklich produktiver Arbeit möglich ist, aber die Ausgaben für die gegenwärtig angeworbenen Freiwilligenarmee eine Vergewaltigung von Staatsmitteln darstellen, fordert die Reichskonferenz die Arbeiterklasse auf, jedwede Waffenherstellung zu verweigern, falls nicht bis zum 8. April, dem Zusammentritt des zweiten Wätekongresses, eine nur aus gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern bestehende Volkswehr geschaffen ist.

Sollte nach Erfüllung der vorstehenden Bedingung noch nötig sein, Waffen und Heeresgerät herzustellen, so hat das nicht mehr auf dem Wege der Privatindustrie zu geschehen, sondern so muß es in verstaatlichten Betrieben geschehen. In solchen Betrieben ist die Produktion unter strengster Kontrolle der dort zuständigen Landesbetriebsräte durchzuführen, die auch mitbestimmend über die Verwendung der hergestellten Waffen und Munition zu entscheiden haben. Dasselbe gilt auch für alle Sammellager und Garnisonlagerbestände.

Soweit in absehbarer Zeit noch Betriebe zur Herstellung von Waffen und Heeresgerät notwendig sind, sind sie als rein wirtschaftliche Unternehmungen bis zur völligen Sozialisierung dem Reichswirtschaftsrat samt zu unterstellen. Ebenso unterstellen ihm alle Sammellager und Garnisonlagerbestände.

Die Herstellung und der Verkauf von Jagdwaffen, Browning- und Revolvern usw. darf nur unter Kontrolle der in den betreffenden Betrieben in Betracht kommenden Arbeiterräte erfolgen. Waffenscheine dürfen nur bei Gegenzeichnung der zeitlichen Landes- und Reichsregierung haben.

„Ein bedauerliches Mißverständnis.“

Der Generalgouverneur von Berlin, Schöpslin, teilt mit: Durch einen von mir erlassenen Aufruf in voriger Woche wurden Zeitstreikwillige für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke für Groß-Berlin gesucht. Obwohl die Berliner Gewerkschaftskommission, wie die in Betracht kommenden Gewerkschaften haben wegen des Aufrufs keinen Einspruch erhoben. In einer gemeinsamen Sitzung der beteiligten Organisationen und der Gewerkschaftskommission wurde auf die stehende Erregung in der Arbeiterklasse hingewiesen. Die Gesandten, die die organisierte Arbeiterklasse bei der Durchführung des Aufrufs beauftragt, sind meines Erachtens nicht vorhanden, aber die stehende Erregung in der Arbeiterklasse ist eine Tatsache, und da es weder meine noch einer anderen militärischen Stelle Aufgabe und Reizung ist, in schroffem Gegensatz zu der organisierten Arbeiterklasse zu geraten, und außerdem, wie sich bei der mündlichen Unterhaltung herausgestellt hat, ein bedauerliches Mißverständnis beim Erlaß des Aufrufs schwebte, siehe ich den Aufruf zurück, dessen Wirksamkeit damit erloschen ist.

Bei der Veröffentlichung meines Aufrufs ließ ich mich von der Notwendigkeit leiten, an die organisierte Arbeiterklasse das dringende Ersuchen zu richten, dafür Sorge zu tragen, daß bei allgemeinen Streiks der Schutz der Säuglinge, Kranke, Kranenanhalten und Hauswirtschaften gesichert werden.

So erfreulich es ist, daß der Widerspruch der organisierten Arbeiter Herrn Schöpslin zur Zurücknahme eines Erlasses veranlaßt hat, so entschieden muß doch darauf hingewiesen werden, daß kein Aufruf sich nicht an die organisierte Arbeiterklasse wendet, wie er jetzt im letzten Abschnitt des vorstehenden Erlasses behauptet.

Getreu dem Beispiel seines großen Vorbildes Heinz (Wolfgang nicht Heinrich) erklärt auch Schöpslin den Aufruf zur Bildung der Streikbrechergarde für ein „bedauerliches Mißverständnis“, ohne allerdings die Gründe anzugeben, aus denen dieses Mißverständnis entstanden ist. Wertwürdig genug ist es, daß sich immer nur die Maßnahmen der Regierung als Mißverständnisse herausstellen, die sich gegen die Arbeiter richten.

Herr Schöpslin zieht keinen Aufruf zurück, dessen Wirksamkeit damit erloschen sei. Ob auch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division dieser Meinung ist, teilt Herr Schöpslin als vornehmlicher Mann nicht mit. Wie wenig sich die G.-A.-S.-D. um seine Anordnungen kümmert, mag man aus der Tatsache ersehen, daß sie keinen Aufruf wirklich zurückgezogen hat und nicht nur eingreifen will, bei „nicht genehmigten wilden Streiks“, sondern auch bei Streiks, die nicht von der „Reinheit der Arbeiterklasse“ gebilligt werden. Da die G.-A.-S.-D. darüber zu entscheiden hat, weiß man was das bedeutet. Aber will uns Herr Schöpslin nicht auch sagen, ob die Bildung der Streikbrechergarde durch die G.-A.-S.-D. nun auch wirklich unterbleiben wird?

Ein Konflikt in Koburg-Gotha.

Für Montag war nach Gotha eine gemeinschaftliche Sitzung der Landtagsversammlungen der Zeitungen Koburg und Gotha einberufen worden. Die zehn Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie aus der Gothaer Landesversammlung legen gegen die gemeinsame Tagung Protest ein, den sie damit begründen, daß durch die Revolution der Staatsgrundgesetz aufgehoben sei und keine Gemeinschaft mehr zwischen den beiden Bundesstaaten bestehe. Die Sitzung wurde hierauf durch die drei Volksbeauftragten von Gotha, die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, geschlossen.

Die unabhängigen Sozialdemokraten haben für den Volksrat Gotha eine Verfassung vorgelegt. Die folgende Grundzüge enthält:

Alle Macht soll beim Volke des Gothaer Landes ruhen, Staat und Kirche sollen getrennt und die vordringende Gewalt im Staate der wertvollen Mehrheit der Volksgenossen übertragen werden. Die Organe dieser Mehrheit sollen die Arbeiter- und Soldaten sowie die Bauernräte sein. Die oberste, ausführende und kontrollierende Gewalt soll bei dem von den Abgeordneten dieser Räte gebildeten Landesrat liegen. Nach den Grundzügen der Verfassung wird die Landesversammlung gewählt, die der Bestätigung der vom Landesrat gebildeten Regierung unterliegt. Kommt zwischen Landesversammlung und Regierung keine Übereinstimmung zustande, dann soll die Volksabstimmung entscheiden. Die Gemeinden sollen Selbstverwaltungsglieder sein, deren Geschäftsführung den Arbeiter- und Soldaten oder den Bauernräten übertragen wird. Ortsvorsteher und Bürgermeister sollen als Beauftragte der Räte gelten. Je hundert Arbeiter sollen einen Arbeiter wählen, wobei jede männliche oder weibliche Person über 18 Jahre wahlberechtigt ist. Nicht wahlberechtigt bei den Wahlen sollen Personen sein, welche ihr Einkommen aus dem Besitz von Häusern, Wäldern, Ländereien und Kapital beziehen, ferner die Offiziere der alten Armee, Angehörige von Freikorps und alle Personen weiblichen Geschlechts, welche bei voller eigener Erwerbsfähigkeit von ihren Eltern oder sonstigen Verwandten unterhalten werden.

Da die unabhängige Sozialdemokratie die Mehrheit in der Landesversammlung besitzt, so ist die Annahme dieser Verfassung gesichert.

Eine Ohrfeige für Kosse.

Die Stimmen in den Kreisen der Rechtssozialisten, die mit dem Treiben Kosse's nicht einverstanden sind, mehren sich. Selbst die Chemnitzer Volksstimme, die es sonst an Regierungstreue nicht fehlen läßt, übt in der Nummer vom 28. März scharfe Kritik an dem Rüderegiment, das in Berlin aufgestellt worden ist. Das Blatt meint, man solle einmal darüber nachdenken, was das Ausland dazu sage, und bemerkt dann:

Da finden wir denn auch, daß der bekannte Schirker der Regierung in den Rüderegiment kämpften sich in keiner Hinsicht reiferen läßt. Er ist ja verdammt erregung unter den Eindruck der, wie sich nachträglich herausstellte, falschen Meldungen über die Kaiserermordung von Rüderegimenten durch kommunistische Horden. Daß diese Meldungen falsch waren, hätten die zuständigen Regierungstellen sich wohl rechtzeitig feststellen können. Aber selbst angenommen, daß diese Meldungen richtig gewesen wären, wird man doch sagen müssen, daß der Schirker selbst noch immer unberechtigt war. An sich herrschte in Berlin bereits der Belagerungsstatus schärfster Form. Jedes Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit konnte innerhalb 24 Stunden abgeurteilt und mit dem Tode bestraft werden. Was es da wirklich nötig, den kämpfenden Truppen das ausdrückliche Recht zu geben, jeden Mann, den sie mit den Waffen in der Hand traf, auf der Stelle zu erschießen? Wäre Sportplatz in Rüderegiment nicht genau so gut bestraft worden, wenn man dieses Mittel, zu dem sich selbst die neueste Barockkunst nie verstrengen hat, nicht angewendet hätte?

Die Chemnitzer Volksstimme verlangt weiter, daß mit dem Rüderegiment innegehalten werden und daß man sich daran erinnern solle, „daß ihr Brüder seid.“ Schließlich sagt sie, daß die Todesstrafe überhaupt nicht verhängt werden dürfe, da sie mit den sozialistischen Auffassungen nicht zu vereinbaren sei.

Das Blatt wird mit seiner Mahnung wenig Erfolg haben. Der ehemalige Arbeiter Kosse hat schon längst alles Klassenempfinden verloren, er läßt sich als der künftige Diktator von der Bourgeoisie Glauben, die Proletariat sind ihm und seinesgleichen keine Feinde mehr, sie sind die Feinde der kapitalistischen Ordnung und darum höchstens soviel noch Wert, daß sie 500 Dutzenden dahingemordet werden dürfen.

Was diese Kritik besonders bemerkenswert macht, ist, daß sie von dem Blatte ausgeht, dessen Chefredakteur Herr Kosse bis vor kurzem noch gewesen ist. Kreisch wird der Mann die Ohrfeige, die ihm damit erteilt wird, kaum empfinden; sich Erweisen ist so robust, daß er auch die Abprallung durch das eigene Blatt ertragen kann.

Getreidelieferung für Deutschland.

Stockholm, 1. April. Laut „Stockholms Tapblad“ hat der amerikanische Gesandte in Stockholm, Morris, vom Obersten Blockadeamt telegraphisch die Nachricht erhalten, daß alle Korngewerke, Schweden und Dänemark anfertigten Zirkelabfuhrverbote nach Deutschland aufgehoben werden sind. Das kanadische Rote Kreuz ist somit in die Lage versetzt, 200 000 Tonnen Getreide nach Deutschland aufzuführen.

Vollversammlung der Soldatenräte des Garde-Korps.

Die Soldatenräte des Gardekorps versammelten sich gestern im früheren Herrenhause. Stöckel, der den Bericht des Korps...

In der Diskussion wurde von einigen Rednern der Standpunkt vertreten, daß die von den Soldatenräten betriebene...

Krawunde wegen grober Verfehlungen vom Gouverneur seines Postens entlassen

worden sei. An seine Stelle sei er, Redner, getreten. Ein Vertreter eines Garde-Kavallerieregiments berichtete, daß jene Kundgebung...

„Die versammelten Soldatenräte des G. K. nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Verfügung des Generalstabskommandos...

Bei der Wüstung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung im allgemeinen und der Berliner im besonderen gegen die Freikorps herrscht...

Die Versammelten sind mit einer Zusammenarbeit mit den Freiwilligenverbänden nur unter der Bedingung einverstanden...

Darauf wurde an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes Blatte Kamerad Lücke (Potsdamer Garnison) in den Korps...

Zum Nächstfolgenden wurden folgende Anträge einstimmig beschlossen:

1. Der 2. Nächstfolgende wolle beschließen, daß zur Wahrnehmung der gesamten Interessen der Korpsangehörigen sofort ein Reichsoldatenrat...

2. Der 2. Nächstfolgende wolle beschließen, daß die bereits vom 1. Nächstfolgenden einstimmig angenommenen 7 Hamburger Punkte...

Der Erlaß über die Neuorganisation der Kommandos vom 19. Januar 1919...

Die Versammelten sind der Ansicht, daß die militärischen Mitglieder des Zentralrates...

Sollten die militärischen Mitglieder des Zentralrates jedoch mit ihrer ablehnenden Meinung überstimmt worden sein...

Gewerkschaftliches.

In einer Branchenversammlung der Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen

gab Kollege Tzipich den Jahresbericht. Einleitend schilderte er, unter welchen Vorbedingungen unsere Organisation zu leiden hatte...

Einige Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden, fordert die Ortsverwaltung auf, sofort Schritte zu unternehmen...

seine und des Genossen Ledebour sofortige Freilassung, gefordert. Die Anwesenden verpflichten sich ferner, alles daran zu setzen...

Die Grenzstreitigkeiten zwischen Konditoren und Gastwirtsgehilfen.

Durch Vermittlung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission kam zwischen der Firma Josty einerseits und dem Verband der Gastwirtsgehilfen...

Lohnbewegung in den Kriegsgesellschaften.

Die allgemeine Geldentwertung und damit verbundene Teuerung hat auch bei den gewerblichen Angestellten der Kriegsgesellschaften...

Die Lohnbewegung im Buchhandelsgewerbe.

Nachdem eine aus Mitgliedern des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes...

In unserem gestrigen Bericht sind einige Fehler unterlaufen, die hiermit richtiggestellt sein sollen...

An die Vertrauensleute des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in der Metallindustrie.

Am Mittwoch, den 2. April, nachmittags 6 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums in der Steinstraße...

Reichskonferenz von Delegierten der Angestellten-Ausschüsse der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft Berlin.

Am Freitag, den 4. April 1919, abends 8 Uhr, in Leipzig im Burgtheater (Machmarkt) Tagesordnung: 1. Prüfung der Mandate...

In einer Mitgliederversammlung des Deutschen Händlerverbandes berichtet Genosse Brande über die Bemühungen des Verbandes...

Der Vorstand erhielt von der Versammlung den Auftrag, entsprechende Schritte zu unternehmen. Weiterhin kam Brande auf die Verhaftung Däumig zu sprechen...

Der Vorstand erhielt von der Versammlung den Auftrag, entsprechende Schritte zu unternehmen. Weiterhin kam Brande auf die Verhaftung Däumig zu sprechen...

Der Vorstand erhielt von der Versammlung den Auftrag, entsprechende Schritte zu unternehmen. Weiterhin kam Brande auf die Verhaftung Däumig zu sprechen...

Der Vorstand erhielt von der Versammlung den Auftrag, entsprechende Schritte zu unternehmen. Weiterhin kam Brande auf die Verhaftung Däumig zu sprechen...

Groß-Berlin.

Bekanntmachung.

Der Aktionsausschuß der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins unterbreitete dem Vollzugsrat einen Antrag der Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte...

Der Vollzugsrat beschloß: „Die Existenzberechtigung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins soll der Entscheidung einer sofort einberufenden Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte...

Zur Einverständnis mit dem Aktionsausschuß der kommunalen Arbeiterräte berufen wir eine

Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und der kommunalen Arbeiterräte ein.

Diese Vollversammlung findet am Sonnabend, den 5. April, vormittags 10 Uhr, in den Kammerkellern, Keltower Straße, statt.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins.

gez.: Richard Müller. Paul Neue.

Eintwohnerwehr und Mehrheitssozialisten.

Zu welchen Zwecken die Mehrheitssozialisten gebraucht werden, erhebt aus einer Verfügung des Landrats des Kreises Teltow über die Sicherheitswehren. Darin heißt es:

„Diese Wehren sind als Hilfsorganisationen, zur Bekämpfung der Polizei, einzurichten, müssen durchaus politisch unparteiisch sein und dürfen keine politischen Ziele verfolgen...

Die Volksbeauftragten in der Kommune.

Der Vollzugsrat hielt am 1. April 1919 eine Sitzung ab, zu welcher die vier Volksbeauftragten der Stadt Berlin geladen und auch erschienen waren. Die Aussprache wurde notwendig, da ein früherer Beschluß des Vollzugsrats zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat...

Die von den Arbeiterräten der städtischen Betriebe geforderte Kontrolle kann sich nur auf diese Betriebe und deren Verwaltungskörper erstrecken, während die Kontrolle der Stadtverwaltung nach wie vor dem Vollzugsrat bzw. dessen Beauftragten zusteht.

Folgender Beschluß gelangte zur einstimmigen Annahme: „Der Vollzugsrat übt die Kontrolle über die Stadtverwaltung Berlins aus. Er überträgt diese Kontrolle den vier Volksbeauftragten, die gemeinsam mit dem kommunalen Ausschuß des Vollzugsrates ihre Tätigkeit ausüben.“

Berurteilenswerte Gewaltakte.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts I hatte sich wegen Aufruhrs und Betätigung als Mädelführer der Schneider Hermann Dill zu verantworten. Am 7. März ging eine Patrouille der Regierungsruppen durch den Kampplatz der Kützlicher in der Schönhauser Allee. Ein Soldat war von seinen übrigen Kameraden getrennt worden und ging allein die Straße entlang. Da wurde er — wie die Anklageschrift hervorhebt — von einer mehr als tausendköpfigen Menschenmenge erfaßt und un-er-weihrlich mit Gewehren und Messern bedrängt...

